



Nr. 7/18 | 18.2.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Besondere Anwendung von Minderheitsrechten
2. Regierungserklärung von BMin. Sigmar Gabriel zum Jahreswirtschaftsbericht 2014
3. Fortsetzung der Beteiligung von ISAF in Afghanistan
4. Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an EUTM Mali
5. Daten und Fakten
6. Relevantes aus Mannheim und der Region

1. Besondere Anwendung von Minderheitsrechten

Die beiden Oppositionsfraktionen zusammen sind von den Wählern mit 20,1 Prozent der Sitze im 18. Deutschen Bundestag ausgestattet worden. Die Koalition hat sich dazu entschlossen, die Rechte der Opposition zu stärken und hat einen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung sowie zur Erhöhung der Mittel für die Oppositionsfraktionen vorgelegt. Die Änderungen werden auf diese Wahlperiode beschränkt, denn vom Grundsatz her haben sich die bisherigen Regelungen in Sachen Minderheitenschutz bewährt. Eine solche Änderung der Oppositionsrechte ist keine Pflicht. Bei der ersten Großen Koalition in den 60er Jahren hatte die Opposition sogar nur 9,9 Prozent der Sitze. Die FDP hat damals gezeigt, dass man mit genügend Selbstbewusstsein und auch ohne Sonderregelungen die Oppositionsrolle erfolgreich ausfüllen kann.

Ausgangspunkt der gegenwärtigen Überlegungen waren die Vorschläge des Bundestagspräsidenten, der dem Ältestenrat einen umfangreichen Katalog von Verbesserungen der Handlungsmöglichkeiten für die beiden Oppositionsfraktionen vorgeschlagen hatte. Diese können künftig die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und Enquetekommissionen, die Einberufung des Bundestages oder die Durchführung von öffentlichen Anhörungen durchsetzen, auch wenn sie die Quoren (25 Prozent) dafür nicht erfüllen. Auf der anderen Seite ist wichtig, dass alle Mitglieder der Opposition die entsprechenden Anträge unterschreiben.

Über die Vorschläge des Bundestagspräsidenten hinaus werden auch die Möglichkeiten etwa im Hinblick auf den Europäischen Stabilisierungsmechanismus oder das Integrationsverantwortungsgesetz neu geregelt. Die Oppositionsfraktionen erhalten außerdem mehr Redeanteil in den Plenardebatten, die bis zu 32 Prozent über ihrem aus dem Wahlergebnis abgeleiteten Anteil liegen. Rede und Gegenrede in der Debatte lassen sich hiermit hervorragend organisieren, wenn auch die kleinen Fraktionen die Chance zum Einsatz mehrerer Redner nutzen.

2. Regierungserklärung von BMin. Sigmar Gabriel zum Jahreswirtschaftsbericht 2014

In der Plenarsitzung am Donnerstag wurden die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der neuen Bundesregierung debattiert, wie sie das Kabinett einen Tag zuvor im Jahreswirtschaftsbericht beschlossen hatte. Unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft heute - Impulse für Wachstum und Zusammenhalt“ bringt der Jahreswirtschaftsbericht sehr gut zum Ausdruck, welche Aspekte die Koalition besonders betonen wird. Der Bericht orientiert sich konsequent am Koalitionsvertrag. Die zentralen Ziele des Haushaltsausgleichs 2015 und der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere durch nationale Reformen werden umfassend gewürdigt. Mit Blick auf den Mindestlohn strebt die Bundesregierung eine Ausgestaltung an, die keine Arbeitsplätze gefährdet.

Der Jahreswirtschaftsbericht enthält auch eine aktuelle Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für 2014. So erwartet die Bundesregierung im Zuge einer breit angelegten, stetigen Aufwärtsbewegung ein Wirtschaftswachstum von rund 1 $\frac{3}{4}$ Prozent – nach 0,4 Prozent im Jahr 2013. Die Erwerbstätigkeit steigt

voraussichtlich um 240.000 Personen auf 42,1 Millionen an und steuert damit auf einen weiteren Rekordwert zu.

3. Fortsetzung der Beteiligung von ISAF in Afghanistan

Die Lage in Afghanistan hat sich seit Beginn des ISAF-Mandats, das auf einer Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen basiert, deutlich verbessert. Gleichzeitig sind noch immer Anstrengungen notwendig, um einen Rückfall des Landes in die Herrschaft der Taliban zu verhindern. Die afghanischen Sicherheitskräfte werden die Sicherheitsverantwortung aber in absehbarer Zeit, wahrscheinlich schon am Ende dieses Jahres, selbst übernehmen können.

Der Bundestag beriet in erster Lesung den Antrag der Bundesregierung, die Beteiligung deutscher Kräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan bis zu dessen voraussichtlichem Abschluss am 31.12.2014 zu erlauben. Die Personalobergrenze liegt dabei weiterhin bei 3.300 Soldaten, mit Zusatzausgaben von 579,3 Millionen Euro ist zu rechnen. Die Beteiligung der Bundeswehr trägt zur Sicherheit und Stabilität in Afghanistan bei und beweist die Zuverlässigkeit Deutschlands als NATO-Partner. Bereits im Laufe dieses Jahres soll mit dem Abzug der entsendeten Soldaten und der Geräte begonnen werden.

4. Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an EUTM Mali

Die Bundeswehr leistet im Rahmen der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission bereits einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung Malis. Die Bundesregierung beantragte eine Aufstockung des deutschen Kontingents in dieser Mission von 180 auf bis zu 250 Soldaten, um mit der anstehenden Verlängerung des Mandats noch gezielter auf die Bedürfnisse der malischen Streitkräfte, insbesondere der dortigen Pioniertruppe, eingehen zu können. Der Antrag wurde in erster Lesung beraten.

5. Daten und Fakten

Die gemeinsame Bundestagsfraktion von CDU und CSU im Deutschen Bundestag ist nicht nur die größte im Hause, sondern ihre Mitglieder erfüllen auch am zuverlässigsten ihre Pflichten. Ablesen kann man das beispielsweise an der Teilnahme an Abstimmungen im Plenum: Bei den ersten fünf namentlichen Abstimmungen in dieser Wahlperiode wies die CDU/CSU-Fraktion eine Nichtteilnahmequote (wegen Krankheit usw.) von nur 4,6 Prozent auf. Es folgten Linke und Grüne mit je 6,9 Prozent und die SPD mit 7,8 Prozent Nichtteilnahme.

Auch bei den insgesamt 267 namentlichen Abstimmungen der vergangenen Wahlperiode belegte die Union mit 5,1 Prozent den Spitzenwert, gefolgt von der FDP (6,3 Prozent), den Grünen (7,2 Prozent), der SPD (9,7 Prozent) und den Linken mit 14,1 Prozent.

6. Relevantes aus Mannheim und der Region

Informationen über die Ziele der Großen Koalition

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe „Ziele der Großen Koalition“ informiere ich die Bürgerinnen und Bürger über die Vorhaben der Bundesregierung in den kommenden vier Jahren in ganz Mannheim. 185 Seiten umfaßt der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Er ist zentrales Thema bei meinen Veranstaltungen. Bei vielen bedeutenden Themen, wie beispielsweise der Frage solider Finanzen oder der Mütterrente, konnte sich die Union durchsetzen. Themen meiner Veranstaltungsreihe sind auch der gesetzliche Mindestlohn, die Rente mit 63, die Mütterrente sowie die Gesundheits- und Pflegepolitik. Neben bundespolitischen Themen thematisiere ich auch die Anliegen Mannheims und der Metropolregion an den Bund. Bürgerinnen und Bürger gebe ich Gelegenheit, ihre Anregungen und Fragen vorzutragen, die ich an die politisch Verantwortlichen in Berlin weiterleite.

Die Veranstaltungen finden statt am:

- 22. Februar 2014
- 16. März 2014
- 5. April 2014
- 28. April 2014
- 23. Mai 2014
- 6. Juni 2014

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de